

Europa atmet auf

... nach der Präsidentschaftswahl in Frankreich. Die überparteiliche Europa-Union Deutschland gratuliert Präsident Emmanuel Macron zu seiner Wiederwahl und den Französinnen und Franzosen zu ihrer Entscheidung gegen die rechtsextreme Demagogin Marine Le Pen. Ein anderer Ausgang dieses zweiten Wahlgangs hätte das vorläufige Ende des europäischen Einigungswerks befürchten lassen müssen. Es stand wirklich sehr viel auf dem Spiel.

Deutschland und Frankreich können nun gemeinsam mit ihren EU-Partnern darangehen, Europa fit für die Zukunft zu machen. Die Konferenz zur Zukunft Europas wird in Kürze ihren Schlussbericht präsentieren. Berlin und Paris müssen hier eine gemeinsame Sprache finden und ihren Worten auch Taten folgen lassen. Die Empfehlungen der Bürgerforen sind eindeutig, Europas Bürgerinnen und Bürger wissen, worauf es ankommt: Europa muss handlungsfähiger werden.

Der wiedergewählte Macron will ein handlungsfähiges Europa. Die proeuropäischen deutschen Parteien in Regierung und Opposition wollen das auch. Mehrheitsentscheidungen, wo bisher einzelne EU-Mitglieder mit ihrem Veto jeden Fortschritt blockieren können, sind schnell und ohne Vertragsänderung möglich. Und wenn die französische Ratspräsidentschaft nun einen Impuls für einen europäischen Konvent gibt, sollte Deutschland diesen aufnehmen und dazu beitragen, dass dieser neue Verfassungsprozess Wirklichkeit wird.

Große Erwartungen

Die französische Präsidentschaftswahl zeigt aber auch, dass Europa näher zu den Menschen kommen muss. Was wir Föderalistinnen und Föderalisten wollen, die Abschaffung der Einstimmigkeit im Rat, ein modernisiertes europäisches Wahlrecht, einen Konvent, bewegt nicht die große Mehrheit der französischen Bevölkerung – und vermutlich auch nicht der deutschen. Dennoch sind die Erwartungen groß, auch an Europa. Sie betreffen aber vor allem die



Triumph für Macron: Gerade nochmal Glück gehabt. Europa blickte am Tag der Stichwahl bang nach Paris – der Europäer gegen die Extremistin war ein knappes Rennen, auch wenn sie am Ende mit 18 Prozentpunkten verlor. Nun müssen dringend die notwendigen Reparaturen am Europäischen Haus in Angriff genommen werden.

Foto: Florian Wehde/Unsplash

persönliche Sicherheit, besonders in materieller Hinsicht.

Nicht nur Frankreich steht vor der enormen Aufgabe, die Kaufkraft seiner Bürgerinnen und Bürger zu bewahren beziehungsweise wieder zu verbessern. Die Inflation, getrieben von einem Mix aus expansiver Geldpolitik, Pandemie und Krieg und den mit letzteren einhergehenden großen Problemen in den globalen Lieferketten, wird neben der Wiederherstellung und Sicherung des Friedens in Europa die erkennbar größte Herausforderung sein. Europa wird sie nur gemeinsam bestehen können. Macrons Wahlsieg gibt Anlass zur Hoffnung, dass dies gelingen kann. Er ändert aber nichts daran, dass es in der französischen Gesellschaft – und nicht nur in dieser – gefährlich gärt.

Frankreich und Europa haben noch einmal Glück gehabt. Im ersten Wahlgang hatte sich noch eine Mehrheit der Stimmen auf europaskeptische bis europafeindliche Kandidatinnen und Kandidaten verteilt. Und Frankreichs Jugend ist in erschreckendem Ausmaß bereit, rechts- und linksradikal zu wählen. Das ist nicht auf die leichte Schulter zu nehmen. Gelingt es nicht, das Ruder in den kommenden Jahren herumzureißen, kann das Udenkbare doch noch geschehen und Europa von innen existenziell in Frage gestellt werden.

Auch die europäische Politik muss sich ehrlich machen. Es reicht nicht mehr, ambitionierte Zehnjahrespläne zu verkünden, die den Realitätstest mangels wirklicher politischer Legitimation und Macht nicht bestehen. Ebenso wenig wird Europa zu neuer Kraft finden, wenn zu viele Mitgliedstaaten weiter eifersüchtig auf kurzfristige eigene Interessen schauen. Die Regierungen dürfen die EU nicht länger als Basar behandeln.

Rechtsstaat verteidigen

Am Ende kommt es in der EU, wie sie heute verfasst ist, darauf an, dass die nationalen Regierungen ihrer Verantwortung für die gemeinsame Zukunft gerecht werden und auch in diese investieren – und zwar mit echtem Reformwillen. Die Europaimpulse, die Macron weitergeben wird, werden daran zu messen sein. Krieg und Inflation dürfen auch nicht vergessen lassen, dass Europa von innen verfault, wenn Mitgliedstaaten das gemeinsame Recht mit Füßen treten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und die in den Verträgen verankerten europäischen Werte missachten. Europa muss sich seiner Feinde nicht nur nach außen erwehren, sondern auch nach innen und hier erforderlichenfalls Regierungen auf Abwegen und die Bevölkerungen, die diese wählen, vor die Wahl stellen: Wer China oder Russland als Modell sieht, hat in der Gemeinschaft nichts verlor-



ren. Mit Emmanuel Macron als Frankreichs Staatspräsident bekommt Europa für weitere fünf Jahre die Chance, sich so zu erneuern, dass es den großen Aufgaben unserer Zeit, der Wiederherstellung und Sicherung des Friedens, der Bewahrung von Demokratie und Freiheit in einer nachhaltig wirtschaftenden und konsumierenden solidarischen Gesellschaft, gerecht werden kann und damit auch wieder mehr Menschen überzeugt.

Frieden sichern

Der verbrecherische Krieg Russlands gegen die Ukraine, der Angriff des Kremls

auf die europäische Friedensordnung ist nur Teil eines viel größeren Angriffs revisionistischer, ja revanchistischer Autokratien auf die westliche Ordnung, deren integraler Bestandteil das nach dem Ende des kalten Kriegs in Frieden und Freiheit wiedervereinigte Europa ist. Wenn auch die französischen Parlamentswahlen proeuropäische Kräfte bestätigen, wird dies die europäische Widerstandsfähigkeit stärken. Wichtig wird sein, dass Berlin und Paris gemeinsam mit den europäischen Partnern, den größeren wie den kleineren EU-Staaten, endlich ein Narrativ finden, das die europäischen Bürgerinnen und Bürger anspricht und neue

gemeinsame Perspektiven für ein föderales Europa eröffnet. Dieses Narrativ ist eigentlich längst da. Es ist das der unteilbaren Menschenwürde, der Demokratie und der Herrschaft des Rechts und einer Freiheit, die sich mit mehr Nächstenliebe, einem besseren Schutz unserer Gemeingüter und der Bewahrung der Schöpfung in Einklang bringen lässt. Es zu untermauern, bedarf es jetzt neuer europäischer Initiativen und konkreter Schritte, die anzugehen die Wiederwahl Macrons ermöglicht.

*Rainer Wieland,
Präsident der Europa-Union Deutschland*

Sylvia-Yvonne Kaufmann ist „Frau Europas“ 2022

Mit diesem Preis zeichnet die Europäische Bewegung Deutschland Sylvia-Yvonne Kaufmann für ihren unermüdlichen und leidenschaftlichen Einsatz für eine bürgernahe Europäische Union aus. Die ehemalige Europaabgeordnete und langjährige Vorsitzende der Europa-Union Berlin (EUB), die bis 2021 auch dem Präsidium der Europa-Union Deutschland (EUD) angehörte, engagiert sich seit 30 Jahren für ein vereintes Europa unter aktiver Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger.



Foto: Gerolf Mosemann

„Das vereinte Europa ist Garant für unser aller Leben in Frieden und Freiheit. Deshalb ist mir wichtig, dass die Bürgerinnen und Bürger das europäische Einigungsprojekt aktiv mitgestalten und es entschieden gegen das Gift des Nationalismus verteidigen“, so die Preisträgerin.

„Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann setzte sich in Zeiten politischen Umbruchs bereits für Europa ein, als dies noch nicht so selbstverständlich war. Ihre Leidenschaft für Europa hat ihren beruflichen Werdegang und ihr Ehrenamt geprägt, in dem sie stets für europäische Perspektiven geworben hat und sich klar für ein starkes Europa bekennt“, begründet die Präsidentin des Preis Frauen Europas, Prof. Gudrun Schmidt-Kärner, die Entscheidung der Jury, die sich einstimmig für Kaufmann entschied.

Die gebürtige Ostberlinerin und promovierte Japanologin zog nach der deutschen Wiedervereinigung in das Europäische Parlament ein, zunächst als Abgeordnete mit Beobachterstatus, dann als Europaabgeordnete für die PDS bzw. DIE LINKE. Von 2004 bis 2007 war sie Vizepräsidentin des EP. Als Mitglied des Europäischen Konvents initiierte sie maßgeblich die Aufnahme der Europäischen Bürgerinitiative in den Verfassungsentwurf 2002. Sie wurde später als bedeutende Neue-

rung in den Vertrag von Lissabon übernommen. Nach ihrem Wechsel zur SPD wurde sie von 2014 bis 2019 erneut in das Europäische Parlament gewählt.

Ihre hauptamtlichen Tätigkeiten hat Kaufmann stets mit ehrenamtlichem Engagement bei der Europa-Union begleitet. Von 2009 bis 2021 war sie Mitglied des EUD-Präsidiums und zeitgleich Landesvorsitzende in Berlin. Dabei liegt Kaufmann besonders die Förderung und Partizipation von Frauen am politischen Diskurs über Europa am Herzen, so brachte sie federführend die Gesprächsreihe „Frauen machen Europa“ der EUB auf den Weg. Zudem setzte sie einen Fokus auf die Mitwirkung von und den Austausch mit jungen Menschen. Beispiele sind die enge Partnerschaft mit der JEF Berlin-Brandenburg und ihr Einsatz für das Wahlrecht ab 16. In ihrem Engagement greift sie immer wieder auf ihre eigenen Erfahrungen und Netzwerke aus ihrer Tätigkeit als Europaabgeordnete zurück. Seit 2021 ist Kaufmann Ehrenvorsitzende der EUB und steht auch dem Bundesverband weiterhin mit ihrer fachlichen Expertise zur Seite.

Die Preisverleihung findet am 04. Mai in Berlin statt. Die Europa-Union Deutschland gratuliert „ihrer“ Frau Europas 2022 herzlich zu dieser verdienten Auszeichnung. ■

Nur Symbolpolitik?

Kann die Zukunftskonferenz halten, was sie versprochen hat?

„Das Hashtag zur Zukunftskonferenz lautetet #MakeYourVoiceHeard (auf Deutsch: Verschaffe Dir Gehör), aber gleichzeitig werden wir zum Schweigen gebracht, bis wir verschwunden sind.“

Diese erschütternde Aussage stammt von einem Teilnehmer der Konferenz zur Zukunft Europas, der gemeinsam mit vielen anderen Bürger*innen 178 Verbesserungsvorschläge für die Europapolitik der nächsten Jahre erarbeitet hat. Sie werden jetzt im Plenum der Konferenz mit Sozialpartnern, Vertreter*innen der EU-Institutionen und der Zivilgesellschaft diskutiert und abgestimmt.

Wütende Bürger und ein stummer Rat

Er ist nicht alleine mit dieser Ansicht, die er bei einer Sitzung der Konferenz Mitte März geäußert hat. Viele weitere Teilnehmer*innen im Raum sind aufgestanden, um seine Kritik an den EU-Institutionen zu unterstützen. Woher stammt die Frustration? Der Auslöser für den Protest war die Erklärung des Rates, bis zum Ende der Konferenz nicht zu den Vorschlägen der Bürger*innen Stellung nehmen zu wollen. Ebenso wenig gibt es ein klares Bekenntnis aus dem Rat oder der Kommission, dass die Vorschläge der Bürger*innen in konkrete politische Maßnahmen umgesetzt werden. Und die Uhr tickt: Bereits am 9. Mai soll die Zukunftskonferenz enden.

178 Reformvorschläge

Ein Kernanliegen der Zukunftskonferenz besteht darin, die EU demokratischer und handlungsfähiger zu machen. Die Bürger*innen haben dieses Ziel aufgegriffen und fordern eine Reform der EU-Institutionen, um die Demokratie in Europa zu stärken.

Die Reform des EU-Wahlrechts ist ein wichtiger Schritt auf diesem Weg. 2024 stehen die nächsten Europawahlen an und die Debatten im Rahmen der Zukunftskonferenz haben bestätigt, dass wir die europäische Dimension der Wahlen zum Europäischen Parlament bis dahin stärken

müssen, unter anderem durch die Einführung von transnationalen Wahllisten. Die Bürger*innen wünschen sich eine europäische Europawahl, bei der die europäischen politischen Parteien stärker im Fokus stehen. Außerdem können wir so die Spitzenkandidat*innen für das Amt der/des Kommissionspräsident*in rechtzeitig ermitteln, um ein Debakel wie 2019 bei der Ernennung Ursula von der Leyens zu vermeiden. Wir können uns keinen weiteren Vertrauensverlust leisten. Im Gegenteil: Die Wahlbeteiligung muss in zwei Jahren weiter ansteigen, um der EU den nötigen demokratischen Rückhalt zu geben.

Viele der Forderungen, die im Bürgerforum zur Europäischen Demokratie entstanden sind, decken sich mit den Zielen, die wir uns als Europa-Union für die Zukunftskonferenz gesetzt haben. Die Bürger*innen wollen eine tiefere politische Integration und ein starkes Europäisches Parlament mit einem vollumfänglichen Initiativrecht. Das Einstimmigkeitsprinzip im Rat wird ganz klar als Bremsklotz für die weitere Entwicklung der EU angesehen und soll deshalb zugunsten der Entscheidungsfindung mit qualifizierter Mehrheit verschwinden. Die #NoVeto-Kampagne, an der wir uns als Europa-Union maßgeblich beteiligt haben, hat dazu geführt, dass diese Forderung einen zentralen Stellenwert bei den Debatten im Plenum und auf der mehrsprachigen Onlineplattform der Konferenz erhalten hat.

Wird etwas umgesetzt?

Es ist leider unklar, wie und wann diese Forderungen, die wir bei der finalen Plenarsitzung am 29. und 30. April in Straßburg beschließen, umgesetzt werden. Es wäre

eine verpasste Chance für die EU, wenn die Ideen aus der Zukunftskonferenz in unseren Schubladen verstauben würden, statt zu einem tiefgreifenden Reformprozess in der Europapolitik beizutragen.

Für mich ist klar: nicht alle Verbesserungsvorschläge für die Europapolitik können im Rahmen der bestehenden EU-Verträge umgesetzt werden. Wir brauchen deshalb einen Europäischen Konvent im Anschluss an die Konferenz zur Zukunft Europas. Ich habe Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen deshalb Anfang April bei einer Fragerunde im Europäischen Parlament gefragt, ob sie bei ihrer Aussage bleibt, dass sie offen für eine Änderung der EU-Verträge sei. Sie hat bejaht: Man müsse aber abwarten, ob die Vorschläge der Bürger*innen eine solche Änderung erforderlich machen, oder sich im Rahmen der Verträge umsetzen lassen.



Viele engagierte Menschen diskutierten viele Stunden und brachten viele gute Gedanken ein: Die Zukunftskonferenz war ein Mammutprojekt. Jetzt kommt es darauf an, Europa nachhaltig zu verändern und zu stärken.

Foto: Europäische Union

Ich finde, dass wir schon viel zu lange gewartet und gezögert haben im Verlauf der Zukunftskonferenz. Die Bürger*innen haben uns ermahnt, jetzt bloß nicht einfach zur Tagesordnung zurückzukehren. Bei mir ist diese Botschaft angekommen und ich werde mich auf der Zielgerade dafür einsetzen, dass wir unser Ziel eines demokratischen und handlungsfähigen Europas erreichen.

Gabriele Bischoff MdEP,
EUD-Vizepräsidentin

Gas-Embargo – geht das?

Dialog zu Russland-Sanktionen und den Auswirkungen des Krieges in der Ukraine

Welche Folgen hätte ein Boykott russischer Gaslieferungen für unsere Wirtschaft? Das fragt man sich derzeit nicht nur in Fachkreisen. Gemeinsam mit Frank Müller-Rosentritt MdB, Mitglied im Auswärtigen Ausschusses des Bundestages, und Marion Walsmann MdEP widmete sich die AG Europäische Wirtschaftspolitik (AG EWP) den gemeinsamen Sanktionen der EU-Staaten. Hervorgehoben wurden dabei die Entschlossenheit und Geschwindigkeit, mit der die EU-Mitgliedstaaten gemeinsam gegen Russland vorgehen. Der Krieg in der Ukraine habe – bei allem zu verurteilenden Leid – zu mehr Geschlossenheit geführt.

Die Arbeitsgemeinschaft befasst sich derzeit mit dem aktuellen Gutachten des Instituts der Deutschen Wirtschaft Köln zur Bedeutung russischer Gaslieferungen für die deutsche Energieversorgung. Die Autoren Fischer und Küper analysieren darin den deutschen Erdgasbedarf sowie bestehende Lieferbeziehungen mit Fokus auf russische Gasimporte. Darüber hinaus haben die Wissenschaftler des IW Köln die aktuelle Situation auf Grundlage bestehender Szenario-Analysen möglicher Lieferunterbrechungen eingeordnet und erste Handlungsempfehlungen aufgezeigt.

Laut IW Köln machte Erdgas 2020 26 Prozent des deutschen Primärenergiebedarfs aus. Gas wird zur Wärmeerzeugung und verstärkt bei der Stromversorgung benötigt. Russland liefert dabei über die Hälfte des in Deutschland verbrauchten Erdgases, welches wiederum ein Viertel der russischen Gasexporte ausmacht. Der Gasimport nach Europa erfolgte über

Pipelineverbindungen nach Norwegen, Nordafrika und Aserbaidschan. Daneben bestünden umfangreiche Kapazitäten zur Regasifizierung von Flüssiggas, vor allem in Südeuropa. Die Importkapazitäten waren 2021 zu 54 Prozent ausgelastet. Der Füllstand der deutschen Speicher lag zu Beginn des Winters mit 67 Prozent jedoch deutlich unter den Werten der Vorjahre von über 95 Prozent.

Sofern es zu einer temporären Stilllegung der ukrainischen Transitroute käme, erwarten die Wissenschaftler nur geringe Versorgungsengpässe in einigen europäischen Staaten. Vor allem werden Auswirkungen auf die Gaspreise und Speicherstände erwartet. Erst ein gänzlicher Ausfall russischer Gasimporte würde zu Engpässen in mehreren europäischen Ländern führen, weshalb das IW Köln vor einem Gasembargo warnt. Wie lange Deutschland mit Hilfe der ausgebauten Gasinfrastruktur in diesem Fall vor Versorgungslücken geschützt ist, hänge von den verfügbaren Flüssiggasimporten, den Speicherständen und der Entwicklung der Aubentemperaturen ab, so die Autoren. So seien die weltweit gehandelten Flüssiggasmengen über die letzten Jahre stark angewachsen und Importe nach Europa in den letzten Wochen bereits deutlich gestiegen. Ebenso kämen die zunehmend milden Wintertemperaturen der aktuellen Entwicklung entgegen.

Im Falle unvermeidbarer Versorgungslücken – so prognostiziert das IW Köln – stehen kurzfristig Reservekraftwerke zur Verfügung, um mindestens ein Viertel des Gasbedarfs in der Stromerzeugung zu er-

setzen. Zudem werde die Versorgung von privaten Haushalten und sozialen Diensten priorisiert. Darüber hinaus sollten durch Mindestfüllstände der Gasspeicher bereits im nächsten Winter Knappheiten vermieden werden. Langfristig gilt es, den Erdgasbezug auch mithilfe von Flüssiggas zu diversifizieren und den Bedarf durch den Ausbau erneuerbarer Energien zu senken.

Das Gutachten des IW Köln „Die Bedeutung russischer Gaslieferungen für die deutsche Energieversorgung“ können Sie abrufen unter <https://www.iwkoeln.de/studien/andreas-fischer-malte-kueper-die-bedeutung-russischer-gaslieferungen-fuer-die-deutsche-energieversorgung.html>

Terminhinweis:

Die AG diskutiert dieses Gutachten mit Malte Küper, einem der Autoren, am Dienstag, 10. Mai 2022, von 20.00 bis 21.00 Uhr online: <https://meet.goto.com/ThomasKopsch/europaeische-wirtschaftspolitik-eud>. Anmeldung ist nicht erforderlich.

Wenn Sie in den Einladungsverteiler aufgenommen werden möchten, schreiben Sie eine kurze Mail an thomas.kopsch@europa-union.de.

Die AG Europäische Wirtschaftspolitik widmet sich in ihrer online-Diskussionsreihe regelmäßig aktuellen wirtschaftspolitischen Fragestellungen und lädt hierzu hochkarätige Fachleute aus EU- und Bundespolitik, aus Wirtschaft und Medien ein.

Im Frühjahr rankten sich die Fachgespräche um die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine. Informationen zur AG finden Sie unter <https://www.europa-union.de/aktivitaeten/arbeitsgruppen/europaeische-wirtschaftspolitik>

*Dr. Claudia Conen,
EUD-Vizepräsidentin, und
Thomas Kopsch,
beide Co-Sprecher der AG
Europäische Wirtschaftspolitik*



Letzte Hoffnung Flüssiggas? Das Terminal im griechischen Revithoussa

Foto: European Union, 2022

Lichtblicke in dunklen Zeiten

Jugend berät in Budapest über die Situation in der Ukraine

Seit dem Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine am 24. Februar 2022, spätestens jedoch angesichts jüngster Berichte über die Gräueltaten und Kriegsverbrechen an ukrainischen Zivilist*innen unter anderem in Butscha und Mariupol, lässt Menschen in ganz Europa vor allem eine Frage nicht mehr los: Was können wir tun? Blickt man dabei auf den eigenen Wirkungsrahmen, stellt sich bei vielen schnell ein Gefühl der Ernüchterung und der Ohnmacht ein, und es wird klar, was man eben nicht tun kann: den Forderungen des ukrainischen Präsidenten Selenskyi nach verstärkten Waffenlieferungen nachkommen beispielsweise, oder den chinesischen Staatschef Xi dazu bewegen, sich klar dem Kreml entgegenzustellen. Und trotzdem: Die Geschichte hat immer wieder bewiesen, welchen unschätzbaren Wert der Einfluss einer starken und lauten Zivilgesellschaft in der Friedensstiftung und in der Friedensbildung haben kann – auch oder vielleicht auch gerade in schier aussichtslosen Situationen.

Im Wunsch, hier einen Beitrag zu leisten, zögerten JEFerinnen und JEFer dabei nicht lange: Vom Bodensee bis nach Berlin, von Brüssel bis nach Budapest organisierten sie Kundgebungen, schrieben gemeinsam mit Jugendparteien aktuelle Stellungnahmen, veröffentlichten eine Petition zur Aufnahme der Ukraine, Moldaus und Georgiens in die EU, organisierten Hilfslieferungen und wurden nicht müde, immer wieder ihre Solidarität mit der Ukraine auf unterschiedlichste Art und Weise auszudrücken.

Eine der Maßnahmen, mit denen wir als JEF Deutschland ganz konkret unterstützend aktiv geworden sind, bestand in der Organisation des „Youth Fast Response Meeting on Ukraine“ vom 18. bis 20. März in Budapest. Gemeinsam mit der JEF Europe und dem Deutschen Bundesjugendring sowie unterstützt durch den Ukrainischen und den Rumänischen Jugendring haben wir in nur neun (!) Tagen ein internationales Treffen auf die Beine gestellt, welches Jugendverbänden aus ganz Europa einen gemeinsamen Austausch zur aktuellen Lage ermöglichen sollte.



Das internationale Jugendtreffen „Youth Fast Response Meeting on Ukraine“ in Budapest wurde innerhalb von neun Tagen organisiert. Foto: JEF Deutschland

Es war das erste Treffen dieser Art nach dem russischen Einmarsch, und so wurde es von vielen dankbar angenommen: Rund 15 nationale Jugendringe, unter anderem aus der Ukraine, Belarus, der Republik Moldau, Ungarn, Österreich und Schweden, sowie Vertreter*innen internationaler Jugendorganisationen wie dem World Scouts Movement, dem Erasmus Student Network und auch des Europarats sind unserem spontanen Aufruf gefolgt und fanden sich an dem Wochenende Mitte März in Budapest zusammen. Ermöglicht wurde dies vor allem auch dank der sehr kurzfristigen und flexiblen Unterstützung des Deutsch-Französischen Jugendwerks.

Im Mittelpunkt des Treffens stand der Austausch untereinander: Wie geht es den Jugendstrukturen in der Ukraine? Wie gehen junge ukrainische Aktivist*innen derzeit mit der Situation um, was konkret machen sie gerade und wo können wir sie am besten unterstützen? Wie können wir aber auch den zahlreichen Jugendorganisationen, die derzeit in den Nachbarländern wie beispielsweise in der Republik Moldau und in Polen Herausragendes leisten, stärker unter die Arme greifen? Und schließlich, was brauchen auch wir, Jugendverbände aus

Deutschland, um tatsächlich wirksam Hilfe leisten zu können? Am Anfang standen daher viele Berichte von Vertreter*innen der Jugendringe: So schilderte die Vertreterin des Ukrainischen Jugendrings, dass zwar viele junge Menschen aus dem Land geflohen seien wie auch sie selbst, es aber weiterhin auch viele gäbe, die geblieben seien und beispielsweise die Verteilung von Hilfsgütern organisierten. Die Jugendverbände aus den Nachbarländern der Ukraine wiederum be-

richteten, dass viele Organisationen derzeit die Aufnahme und Weiterverteilung Flüchtender koordinierten. Auf Grundlage dieser Schilderungen wurden sodann die individuellen Bedürfnisse identifiziert und gemeinsame Lösungsansätze erarbeitet. Neben der sehr oft und sehr deutlich geäußerten Notwendigkeit einer Stärkung der Organisationen vor Ort durch finanzielle wie auch organisatorische und logistische Unterstützung wurde auch die gemeinsame Koordination der jeweiligen Aktionen, insbesondere im Bereich Advocacy, immer wieder als zentrales Element einer „mit einer Stimme sprechenden“ Jugend hervorgehoben. Das Treffen in Budapest war somit ein voller Erfolg und ist der vielversprechende Anfang einer zukünftig noch weiter verstärkten Zusammenarbeit unter den Jugendorganisationen und Jugendverbänden in Europa. Vor allem aber ist es ein Lichtblick in dunklen Zeiten, ein leuchtendes Feuer der Hoffnung, das uns sagen will, dass Freundschaft und der gemeinsame Glaube an ein friedliches, freies und demokratisches Europa schwerer wiegen als die Machtbestrebungen eines russischen Autokraten.

Clara Föller,
JEF-Bundesvorsitzende

Der 3. Weckruf an Europa Tagung im Zeichen des Krieges

Der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine war bestimmendes Thema des gemeinsamen Bundesausschusses von Europa-Union und Jungen Europäischen Föderalisten am 12. März. Unter dem Schock dieser „Zeitenwende“ fassten die Delegierten drei zukunftsweisende Beschlüsse zu Solidarität mit der Ukraine und dem akuten europäischen Handlungsbedarf, zu Beitrittsperspektiven für den Westbalkan und zum Einsatz transnationaler Listen bei den Europawahlen 2024.

Putins Krieg in der Ukraine sei ein „Riss in der Geschichte“, stellte die JEF-Bundesvorsitzende Clara Föllmer fest. Die JEF habe sich immer mit den Demokratiebewegungen in Belarus und an anderen Orten identifiziert und sei nun auf allen Ebenen aktiv geworden: bei Demonstrationen, mit Positionen und durch die Vernetzung mit zivilgesellschaftlichen Partnern und den Jugendparteien.

„Der Krieg in der Ukraine ist nach dem Brexit und der Corona-Pandemie der dritte Weckruf an Europa, gemeinsam zu handeln“, sagte EUD-Präsident Reiner Wieland. Entschlossenheit und Geschlossenheit seien nun wichtig, aber auch, zu unterscheiden zwischen den Menschen, die in Russland an der Macht sind, und der russischen Bevölkerung bzw. Menschen russischer Abstammung in Deutschland.

Akuten Handlungsbedarf sehen beide Verbände nun darin, angesichts der russischen Aggression in Europa zusammenzurücken und den von russischer Einflussnahme bedrohten Nachbarstaaten der Ukraine sowie dem Westbalkan eine glaubwürdige EU-Beitrittsperspektive zu bieten. „Mit dem Angriffskrieg Russlands werden die Bündnis- und Zukunftsinteressen vieler europäischer Staaten neu geordnet: Sie sehen ihre Zukunft jetzt noch viel mehr in der EU. Die EU als zentrale Friedensorganisation muss daher auch der Ukraine, Georgien und der Republik Moldau eine realistische Beitrittsperspektive eröffnen“, fordert der Leitantrag und macht weitere konkrete Vorschläge. Sie reichen von weiteren Sanktionen gegen Russland über den europaweiten Ausbau von Energiespeichertechnologien bis zur Anklage aller Kriegstreiber vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag.

Die Beschlüsse im Detail zum Nachlesen: <https://www.europa-union.de/politik/beschluesse/beschluesse-nach-jahren/2022>

Weitere Themen waren die Zukunftskonferenz mit einer Live-Schalte nach Straßburg zu den Plenumsmitgliedern Gaby Bischoff MdEP (EUD-Vizepräsidentin), Christian Moos (EUD-Generalsekretär) und Anna Echterhoff (UEF-Generalsekretärin), die „noVeto“-Kampagne zur Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips im Europäischen Rat und die „Initiative Kreisverbände“. In enger Zusammenarbeit mit den Landesverbänden sollen pandemiebedingt inaktive Kreisverbände wiederbelebt und neue gegründet werden.

Nach der gemeinsamen Tagung mit der JEF trat der Bundesausschuss der Europa-Union zusammen und wählte erneut Katharina Wolf und Thomas Kopsch als Vorsitzende und stellvertretenden Vorsitzenden des EUD-Bundesausschusses. ■



Leiteten die gemeinsame Bundesausschuss-Tagung von EUD und JEF: Katharina Wolf, Tobias von Gostomski und Thomas Kopsch (nicht im Bild)
Foto: EUD

Trauer um Ralf Bingel

Unser Freund und Mitstreiter Ralf Bingel wurde am 18. März unerwartet und viel zu früh aus dem Leben gerissen.

Ralf Bingel war ein Urgestein unseres Verbandes und für JEF, Europa-Union und UEF in Hessen, Deutschland sowie auf europäischer Ebene mehr als drei Jahrzehnte in verschiedensten Ämtern ehrenamtlich aktiv. Er gehörte unserem Präsidium von 2009 bis 2019 an, war 1988 bis 1990 JEF-Bundesvorsitzender, hat den Europa-Union-Verband in Brüssel mitaufgebaut

und sich dort auch nach seiner Vorstandszeit von 2008 bis 2013 stark eingebracht.

Seine große politische Erfahrung verband Ralf Bingel mit Freundlichkeit und menschlicher Wärme. Seine politische Leidenschaft galt der sozialen Gerechtigkeit und der Idee des europäischen Bundesstaats, für den er sich zeitlebens überparteilich eingesetzt hat. Beruflich diente er den Bundesländern Hessen und Thüringen und auch auf Bundesebene dem Auswärtigen Amt als Europaexperte. Geprägt durch seine frühen JEF-Tage, lag ihm die Förderung der Jugendarbeit stets am Herzen, bis zuletzt war er hilfreicher Ansprechpartner für die Belange der

Jungen Europäischen Föderalisten.

Wir haben seinen augenzwinkernden Witz und Charme, aber auch seine Verbindlichkeit, seine feste Stimme, wenn es grundsätzlich wurde, wenn europäische Werte auf dem Spiel standen oder Unvernunft im Zaum zu halten war, sehr geschätzt.

Ralf Bingel hat sich um den europäischen Gedanken und um seine Europa-Union verdient gemacht. Es ist unser Privileg, Ralf Bingel gekannt zu haben. Er wird uns sehr fehlen.

Europa-Union Deutschland

Berlin

Not macht erfinderisch

Pandemiebedingt hat sich die Europa-Union Berlin gut arrangiert. Der Vorstand trifft sich seit zwei Jahren erfolgreich online, und auch die Mitgliederversammlung 2021 haben wir über die digitale Bühne gebracht. Ein fast schon traditionelles Format der EUB, das Café Europa, lebt von persönlicher Begegnung, vom lockeren, nicht in eine Tagesordnung gepressten Gesprächen. Es ist Kennenlernen, Sich-gegenseitig-Motivieren, Pläne-Schmieden – und all das seit vielen Jahren. Für uns überraschend gut funktionierte dies auch in Corona-Zeiten. Die monatlich unter ein bestimmtes Motto gestellten Online-Treffen des Cafés waren durchweg gut besucht. Fazit: Das Café Europa hat die Pandemie überlebt.

Als besonders „pandemiesicher“ haben sich unsere „Europäischen Kiez-Spaziergänge“ erwiesen. Wir laden zu Touren in verschiedenen Stadtteilen Berlins ein und erforschen deren Bezüge zur EU und Europäischen Idee. Ein spannendes Unterfangen. Berlin, Metropole und Moloch, anonyme Großstadt ohne heimeliges Zentrum, lebt vom Kiez. Hier ist man

zu Hause, Nachbarin, Mensch und Mitbürger. Wenn zwei Bewohnerinnen oder Bewohner dieser Millionenstadt sich irgendwo begegnen, lautet die erste Frage: Wo kommst du her? Womit man nicht etwa den Geburtsort oder den jüngsten Urlaubsort meint, sondern den Stadtteil, in dem man wohnt und lebt. Kurzum: Gemeint ist damit in dieser Stadt der Kiez, in dem das Gegenüber sein „Nest“ hat. Wenn die EUB nun von Kiez zu Kiez auf den Spuren Europas wandelt, so setzt sie nichts Geringeres um als die Symbiose zwischen unserem Interesse an Europa und der Idee der Integration – und Bezügen zu Heimat und Nachbarschaft.

Kiez-Spaziergänge sind „Europa zum Anfassen“; wir besuchen Projekte, die mit EFRE-Mitteln der EU gefördert werden, diskutieren mit Verantwortlichen des Bezirks und stöbern Zeitzeug*innen auf, die uns aus früheren Zeiten berichten und uns die Augen öffnen, welche Schritte wir in der EU schon gegangen sind, um über Grenzen hinweg zusammenzufinden.

Eine Gruppen-Veranstaltung wie diese war in den vergangenen zwei Jahren nicht immer möglich – deswegen stellten wir unsere Kiez-Spaziergänge zusätzlich online und machten sie damit pandemiesicher.



Unterwegs im Kiez – lieber live, aber inzwischen auch online!
Foto: EUD Berlin

Not macht erfinderisch! Denn in Zeiten von Lockdown und Kontaktbeschränkungen – und darüber hinaus – gibt es nun die Möglichkeit, jederzeit auf eigene Faust, mit Routenbeschreibung und Audio-Guide, die Berliner Kieze Pankow und Wedding europäisch zu erkunden. Der nächste Spaziergang führt uns durch Hellersdorf, ein Kiez im Osten der Stadt, wo wir entdecken werden, wie sehr die Europäische Integration auch das Leben im Kiez positiv beeinflusst hat. Weitere Kieze sind in Planung.

Weitere Infos findet man unter: <https://www.europa-union-berlin.de/kiezspaziergaenge/>

Verantwortlich:
Dr. Hans Jörg Schrötter & Lisa Kühn

Sachsen

Europe for Future

Ein herber Schlag für Bücherfreunde – die Leipziger Buchmesse musste auch dieses Jahr wegen Corona wieder abgesagt werden. Nicht aber die vielen kleinen und größeren Lesungen, die im Rahmen von „Leipzig liest trotzdem“ dezentral überall in Leipzig stattfanden. Da durfte Europa natürlich nicht fehlen. In einer Gemeinschaftsaktion luden das Europe Direct Leipzig, das Europa-Haus Leipzig, die Jungen Europäischen Föderalist*innen Sachsen und die Europa-Union Sachsen zu einer Lesung von Vincent-Immanuel Herr und Martin Speer mit ihrem Buch „Europe for Future“ ein.

Darin stellen die Autoren 95 Thesen für einen Neustart der EU vor – vom institutionellen Aufbau über ein einheitliches Wahlrecht bis hin zu einem gemeinsamen Olympia-Team. Mit Blick auf den Kriegs-



Foto: Ronny Rammelt

bruch in Europa rückten aber vor allem die außen- und sicherheitspolitischen Ideen in den Fokus der Lesung – konkret zum Beispiel die Idee einer EU-Armee, mit der die EU Demokratie, Freiheit und Werte schützen könne und die gleichzeitig einer Übermilitarisierung in der EU entgegenwirken solle,

wenn Kapazitäten geteilt würden. Die Diskussion ging dabei sehr schnell vom generellen Für und Wider zu Fragen der praktischen Umsetzung über, wie beispielsweise der Hürde einer gemeinsamen Sprache in einer gemeinsamen Armee oder der Ausgestaltung der Entscheidungswege.

„No Veto“ – die Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips – ist ein wiederkehrendes Argument in den Thesen von Herr & Speer und ja nicht zuletzt ein zentrales Anliegen der Europa-Union. Die Forderung kommt auch in der Frage über eine gemeinsame Armee zum Tragen, denn nur so wäre eine schnelle und wirksame Handlungsfähigkeit gewährleistet.

Auch wenn nur ein paar der 95 Thesen andiskutiert werden konnten – der grenzenlose Optimismus der Autoren und die Ideen im Kopf als Blaupause für die weitere Entwicklung der EU machten in jedem Fall Lust auf neue Aktionen und europapolitisches Engagement!

Verantwortlich: Ronny Rammelt

Sachsen-Anhalt

Magdeburg

Spendenaktion: Der Kreisverband Magdeburg beteiligt sich an den Hilfsaktionen für die Ukraine. Am 25. März brachten Daniel Adler, Kerstin Mogdans und Matthias Stübzig im Namen des Kreisvorstands einen Korb mit Sachspenden in das „eine-welt-Haus“ Magdeburg. Dort werden die Sachspenden von der Auslandsgesellschaft Sachsen-Anhalt e.V. (AGSA) und der Deutsch-Ukrainischen Vereinigung Sachsen-Anhalt e.V. gesammelt, sortiert und für den Transport in die Ukraine vorbereitet oder an die Notunterkünfte in der Stadt weitergegeben. „Aus der Notunterkunft kam der Aufruf, dass Haarbürsten, Nagelknipser und andere Hygieneartikel dringend benötigt werden. Da konnten wir schnell aushelfen“, sagte der Kreisvorsitzende Matthias Stübzig. Auf dem Mitgliedertreff am 1. April wurden die Mitglie-



Daniel Adler, Kerstin Mogdans und Matthias Stübzig
(v. l. n. r.) überbrachten die Sachspenden.

Foto: EUD Magdeburg

der von freiwilligen Helfern über die aktuellen Herausforderungen in der Stadt informiert und berieten anschließend über weitere Möglichkeiten der Unterstützung.

Halle

Erneut Besuch von der Bundesbank:

Dass Vorstandsmitglieder der Deutschen Bundesbank zu Gast bei Veranstaltungen in Sachsen-Anhalt sind, scheint sich zu einer guten Tradition zu entwickeln. Begrüßen konnte der Landesverband bereits Prof. Dr. Joachim Wuermeling, zugleich Schatzmeister des Bundesverbands. Am 2. Februar dann hatten die Hallenser Wirtschaftsgespräche e.V. in Kooperation mit der Europa-Union Sachsen-Anhalt Bundesbankvorstand Prof. Dr. Johannes Beermann in die Saalestadt eingeladen. Organisiert wurde die Veranstaltung vom Neumitglied der Europa-Union und Vorsitzenden der Hallenser Wirtschaftsgespräche, Dr. Thomas Schneider. Die Veranstaltung fand zum Thema „Der Euro in Deutschland und Europa“ statt.

Verantwortlich: Thomas Rieke

Saarland

Erfolgreicher Auftakt

Am 6. März lud der Landesverband gemeinsam mit weiteren europäischen Partnern aus der Großregion und der Oberrhein-Region zum 1. Föderalistischen Kolloquium „Mehr Europa durch transnationale Regionen“ online ein. Vormittags tauschten sich Interessierte sowie Expertinnen und Experten zum Thema „Mehr Europa durch transnationale Regionen“ aus. Das Gedankenexperiment, wie die beiden europäischen Kooperationsräume Großregion und Oberrhein-Region Keimzellen einer föderalen europäischen Republik werden können, fand in der Öffentlichkeit großen Anklang. Mehr als 100 Anmeldungen verzeichnete das Kolloquium.

Besondere Relevanz erhielt die Veranstaltung durch die Erfahrungen in den ersten beiden Jahren der Corona-Pandemie. Unkoordinierte Grenzsicherungen sorgten für negative Auswirkungen und erhebliche Einschränkungen in den Grenzregionen. Lösungsorientiert widmete sich die Veranstaltung dieser Problematik.

Selbstredend warf auch der aktuelle Krieg

in der Ukraine seinen Schatten über das Kolloquium. Die Landesvorsitzende Margriet Zieder-Ripplinger schlussfolgerte daraus: „Der Krieg zeigt vor allem eins: Wir brauchen eine starke, einige Europäische Union.“ Christophe Arend, Abgeordneter der französischen Nationalversammlung, musste seine Teilnahme wegen kurzfristiger Termine aufgrund der politischen Lage leider absagen. Zieder-Ripplinger und Prof. Dr. Norbert Gutenberg, stellvertretender Landesvorsitzender der Europa-Union Saar, erklärten in ihrer Anmoderation, was das Ziel der Veranstaltung sein soll, nämlich: ein selbstbestimmtes Zusammenleben in den Grenzregionen zu fördern und lokale, angemessene Lösungen zu ermöglichen. Als Grundlage für dieses Vorhaben dient ein Strategiepapier zur Föderalisierung und Demokratisierung Europas, das der Landesverband entwickelt hat.

Mit den Europarechtlern Prof. Dr. Thomas Giegerich (Universität des Saarlandes), Prof. Dr. Christian Calliess (FU Berlin) und Prof. Dr. Annegret Eppler (Hochschule Kehl) diskutierte Gutenberg rechtliche Dimensionen der Inhalte des Strategiepapiers, das der Landesverband zuvor entwickelt hatte. Danach sollen neuartige europäische Gebietskörperschaften entstehen, um die Europäische Union zu föderalisieren und zu demokratisieren.

Anschließend folgten vier parallele Online-Arbeitsgruppen zu den Themen Europäische Regionalparlamente, Budgets der europäischen Gebietskörperschaften, Herausforderungen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit am Beispiel des Gesundheitsbereichs und Umsetzungsschritte für ein föderales Europa der Regionen. Im Anschluss diskutierten Karl-Heinz Lambertz, Parlamentspräsident der deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, die saarländische Europaabgeordnete Manuela Ripa und der baden-württembergische Landtagsabgeordnete Josha Frey die Ergebnisse der Arbeitsgruppen sowie die Einschätzungen der Europa-rechtsexperten.

Als Ergebnisse werden jetzt noch ein filmischer Rückblick sowie die Veröffentlichung der gesamten Aufzeichnung erstellt, die samt eines Kurzberichts an die Konferenz zur Zukunft Europas weitergegeben werden. Des Weiteren soll der Austausch mit den föderalistischen Partnerverbänden in der Großregion und der Oberrhein-Region verstetigt werden, um mindestens ein zweites Föderalistisches Kolloquium anvisieren zu können.

Verantwortlich: Jonas Heintz

Niedersachsen

Endlich mutig entscheiden!

Die Europa-Union Deutschland wurde in Niedersachsen gegründet. Als überparteiliche Bürgerinitiative setzt sie sich für eine starke und gefestigte Europäische Union, eine noch bessere Verständigung und Integration der Völker Europas sowie für die Weiterentwicklung der Demokratie in Europa ein. Ihr Ziel ist der europäische föderale Bundesstaat.

Vor kurzem endete die Beteiligungsmöglichkeit der Bürgerinnen und Bürger, sich direkt mit ihren Ideen, Vorschlägen und Meinungen in den Diskussionsprozess der Zukunftskonferenz einzubringen. Dabei geht es um die Frage: „Wie soll Europa in den nächsten 10, 20 oder 30 Jahren aussehen?“ Aktuell sieht es allerdings so aus, dass der Bericht der Konferenz wenige oder gar keine Empfehlungen zu einer institutionellen Reform der EU beinhalten wird. Die Zwischenberichte lassen erahnen, dass lediglich die Vorschläge der Bürgerforen und Online-Plattform, die gut ins Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission passen, auch ihren Weg in den Schlussbericht finden werden. Der Rat wird sich über diesen Pragmatismus der Kommission freuen.

Hingegen haben der Landesverband und die niedersächsische Europaministerin Birgit Honé vor kurzem im Rahmen einer Videokonferenz gemeinsam mutige Entscheidungen auf dem Weg zu einer föderalen Europäischen Union und zu einer Verstärkung der Zukunftskonferenz eingefordert. Hierzu erklärt der Landesvorsitzende Harm Adam: „Die Zukunftskonferenz ist mit dem Anspruch initiiert worden, die Demokratie innerhalb Europas durch aktive Beteiligung zu stärken. Die Bürgerinnen und Bürger wollen aber

auch ernst genommen werden. Sie fordern ganz überwiegend mutige institutionelle Reformen, u. a. in der Finanz-, Wirtschaft- und Sozialpolitik der Eurozone, ein einheitliches Wahlrecht für die Wahlen zum Europäischen Parlament und insbesondere den Verlust nationaler Vetomöglichkeiten beispielsweise in der Außen- und Sicherheitspolitik. Denn Abstimmungen mit qualifizierter Mehrheit schaffen einen größeren EU-weiten öffentlichen Diskurs. Die Auseinandersetzung um die richtige Antwort schafft auch für eine Minderheit die notwendige demokratische Aufmerksamkeit für ihre Argumente. Das sind auch die Ziele der Europa-Union Deutschland. Ohne diese Reformschritte kommen wir nicht voran und werden im Wettbewerb gerade mit China, Russland und auch den USA nicht bestehen können.“

Der Landesverband macht sich für eine Verlängerung der Zukunftskonferenz stark. Denn nur so könne sie zu einem echten politischen Impuls – auch für die Europawahl 2024 – werden.

Cuxhaven

Friedl spricht auf Mahnwache: Der Leiter der UNO-Flüchtlingshilfe für Norddeutschland, Prof. Dr. Reinhold Friedl, sprach auf Einladung der Initiative „Hadeln hilft“ auf einer Mahnwache auf dem Marktplatz von Cadenberge. Die UNO-Flüchtlingshilfe ist nationaler Partner des UN-Flüchtlingshilfswerks (UNHCR). Friedl, der auch stellvertretender Kreisvorsitzender in Cuxhaven ist, ging auf einige Fakten zur UNHCR-Hilfe in der Ukraine ein: „Die Situation im Land entwickelt sich schnell und verändert sich von Stunde zu Stunde. Der UNHCR bleibt vor Ort und weitet seine Hilfe für Flüchtlinge, Vertriebene und vom Konflikt Betroffene weiter aus.“ Wie Friedl weiter ausführte, ist der UNHCR bereits seit 1994 in der Ukraine aktiv. Schon vor dem Krieg waren fast drei Millionen Menschen



Der Leiter der UNO-Flüchtlingshilfe für Norddeutschland, Prof. Dr. Reinhold Friedl, spricht auf dem Cadenberger Marktplatz. Neben ihm der Organisator der Mahnwache, Ulrich Beushagen

Foto: Cadenberge hilft

auf humanitäre Hilfe angewiesen – darunter über 850.000 Binnenvertriebene. Außerdem war die Ukraine vor dem Krieg Aufnahme-land für Flüchtlinge. Der UNHCR ist mit 115 Mitarbeitern in sechs Büros im ganzen Land vertreten und koordiniert den Hilfeseinsatz mit Partnern auf lokaler und regionaler Ebene, um die Zufluchtsländer in ihrer Hilfe für Flüchtlinge aus der Ukraine zu unterstützen. Weiter ging Friedl darauf ein, dass unbegleitete Minderjährige auf der Flucht vor dem eskalierenden Konflikt in der Ukraine besonders geschützt werden müssen.

Im Anschluss an einen Beitrag des Cadenberger Bürgermeisters Wolfgang Hess ergriff eine Frau aus der Ukraine das Wort, die erst vor wenigen Tagen Zuflucht im Land Hadeln gefunden hatte. Sie gab – mit abschnittsweiser Übersetzung – einen bewegenden Bericht über ihre dramatische und lebensgefährliche Flucht vor dem Kriegsgeschehen. Andere ukrainische Frauen verteilten selbstgebackenes ukrainisches Gebäck als Dank für die Unterstützung an die zahlreichen zuhörenden Personen.

Verantwortlich: Cord Wilhelm Kiel

Hessen

Putins Krieg

In einer spannenden Online-Debatte unter dem Titel „Putins Krieg – Zäsur für die Welt-Politik“ diskutierte der Landesvorsitzende Thomas Mann mit Michael Gahler MdEP, der im Europäischen Parlament als Ukraine-Berichtersteller tätig ist, sowie mit Miriam Dahlke MdL, Obfrau im Europaausschuss des Hessischen Landtags.

Parteiübergreifend gab es Einigkeit über die Fehleinschätzungen des Kriegstreibers Putin und seine internationale Isolation. Es brauche härtere und nachhaltige wirtschaftliche Sanktionen, und die Ukraine müsse Defensivwaffen bekommen. Europa müsse unabhängig von russischen Energie-Importen werden. Die Diskutanten äußerten Hochachtung für den charismatischen und mutmachenden Präsidenten Selenskyj ebenso wie für die herausragende Willkommenskultur der Europäer, um den ukrainischen Frauen und Kindern Zuflucht und Schutz zu gewähren.

Frankreichs Ratspräsidentschaft

Zu Beginn des Jahres diskutierte der Landesverband bei erfreulicher Teilnehmerzahl online die Schwerpunkte der französischen Ratspräsidentschaft.

Dafür konnte Landesvorsitzender Thomas Mann in den direkten Austausch mit der Generalkonsulin der französischen Republik, Dr. Ilde Gorguet, treten. Sie stellte die drei Ziele der Ratspräsidentschaft vor: ein souveränes Europa durch die Stärkung des Schengen-Raums, den Schutz der Grenzen, die Steuerung der Migration und eine verbesserte Asylpolitik; ein neues europäisches Wachstumsmodell durch Schaffung von Arbeitsplätzen, Innovation und technologischen Spitzenleistungen; ein menschliches Eu-

ropa, das den Anliegen seiner Bürgerinnen und Bürger im Rahmen der Konferenz zur Zukunft Europas Gehör schenkt.

Waldeck-Frankenberg

Handlungsfähiges Europa: In einem Interview mit der Regionalpresse forderte der Geschäftsführer des Kreisverbands, Dr. Jürgen Römer, ein handlungsfähiges Europa. Dieses sei unabdingbar, um die europäische Friedensordnung wiederherzustellen. Aus Sicht der Europa-Union zeige sich außerdem wieder einmal, dass dringend eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik benötigt werde. Anstelle des Einstimmigkeitsprinzips müsse das Mehrheitsprinzip treten.

Wiesbaden-Rheingau-Taunus

Ungarns Botschafter zu Gast: Auf Einladung von Peter H. Niederelz sprach Ungarns Botschafter Dr. Peter Györkös in der Landeshauptstadt Wiesbaden, der neuen Europastadt.

Vor interessiertem Publikum im großen Saal des Hessischen Landesmuseums ging es in erster Linie um den schrecklichen Angriffskrieg Russlands auf die friedliche, souveräne, demokratische Ukraine. Diesen Überfall verurteilten alle und forderten Russland auf, ihn sofort zu stoppen und sich aus der Ukraine zurückzuziehen.

Kassel

Bäume pflanzen für Europa: Im März war Spatenstich für das Projekt „Fest verwurzelt in Europa – Offen für die Welt“.



Baum, Bank und Begegnung: Uwe Jäger, Jürgen Völlmecke und Alfred Röver bei der Pflanzaktion

Foto: Lukas Kiepe

In den ersten Gemeinden des Landkreises Kassel wurden Baumpflanzungen vorgenommen. Den Anfang machten Grebenstein, Lohfelden, Baunatal und Naumburg. Die Durchführung wurde möglich durch eine Kooperation des Kreisverbands mit dem Gartencenter Meckelburg, mit Gemeinden und dem Landkreis. Das Projekt greift die Herausforderungen des Klimawandels mit drei Säulen auf: der Baum als Symbol des Lebens, der Kraft und Verwurzelung, die Sitzbank als Symbol für den Austausch mit anderen und Einladung zum Verweilen, Nachdenken und Genießen in bewegten Zeiten sowie die Kooperation aller Beteiligten an diesem Projekt für Solidarität und unser Europa von Morgen.

Lahn-Dill

„City Winds“ spielt für Ukrainehilfe: Mit zwei Platzkonzerten hat das Wetzlarer Orchesterprojekt „City Winds“ um Projektleiter Nicolas Grebe die Hilfe für die aus der Ukraine kommenden Flüchtlinge unterstützt. Auf dem Eisenmarkt und vor dem FORUM Wetzlar lauschten Passanten eingängigen Melodien. Die Spenden kamen der Ukrainehilfe der Malteser zugute.



Musik gegen Spende: Platzkonzert in Wetzlar
Foto: Sven Ringsdorf

Frankfurt / Main

Selenskyjis Rede: Anfang März sprach der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj gleichzeitig zu Europäerinnen und Europäern in verschiedenen europäischen Städten. In Frankfurt wurde die Veranstaltung u. a. organisiert vom Kreisverband.

Verantwortlich: Sven Ringsdorf

Baden-Württemberg

Solidarität mit der Ukraine

In ganz Baden-Württemberg fanden Kundgebungen, Demonstrationen und Aktionen aus Solidarität mit den Menschen in der Ukraine statt, an denen die Europa-Union und die Jungen Europäer – JEF beteiligt waren. Im Folgenden nur eine Auswahl ohne den Anspruch auf Vollständigkeit:

Bereits am 24. Februar, dem ersten Tag des Kriegs, beteiligten sich die Jungen Europäer – JEF an einer Kundgebung zusammen mit den Landesverbänden der Grünen Jugend, der Jungen Liberalen, der Jusos und der Jungen Union vor dem russischen Honorarkonsulat in Stuttgart.

In Göppingen rief der Kreisverband bei einer Kundgebung gegen den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine gemeinsam mit den demokratischen Parteien im Landkreis zu Frieden und Toleranz auf. Laut Medienangaben waren rund 600 Teilnehmer mehr oder weniger spontan auf dem Göppinger Marktplatz dabei. Der Göppinger Kreisvorsitzende, Daniel Frey, sagte in seinem Beitrag, dass Frieden, Freiheit und Demokratie nicht verhandelbar seien, und forderte die Menschen dazu auf, Flagge für Europa zu zeigen. Neben Frey sprachen mit den beiden Bundestagsabgeordneten Heike Baehrens (SPD) und Hermann Färber (CDU) weitere Mitglieder des Kreisverbandes.

In Stuttgart setzte der Kreisverband der EUD zusammen mit den Kreisverbänden von CDU, Grünen, SPD und FDP, dem katholischen Stadtdekanat, dem evangelischen Stadtdekanat, dem Forum der Kulturen, dem MTV, dem DGB, Pulse of Europe und anderen ein leuchtendes Zeichen gegen den Krieg. Auf dem Platz vor dem Ehrenhof des Neuen Schlosses sendet ein Meer an Kerzen eine deutliche Botschaft im Sinne von „StandWithUkraine“ aus Stuttgart aus.

Die Stellvertretende Leiterin des Goethe-Instituts Kiew, Dr. Katharina Buck,



Friedenskundgebung auf dem Marktplatz in Göppingen

Foto: EUD Baden-Württemberg

berichtete im Rahmen der Reihe „Europa Café online“ von Europa-Union und JEF Baden-Württemberg über die Situation in der Ukraine, über die Hilfsmöglichkeiten und die politischen Konsequenzen für Deutschland und die EU. Als langjährige Kennerin nicht nur der Ukraine, sondern auch Russlands und weiterer Staaten in Osteuropa und Zentralasien konnte sie den Teilnehmenden auch gute Einblicke in die geopolitische Lage vermitteln.

Der Kreisverband Stuttgart der JEF organisierte darüber hinaus einen Hilfsttransport mit gespendeten medizinischen Produkten, Medikamenten, Decken, Nahrungsmitteln etc., den die ehemalige Kreisvorsitzende Maria Kalb an die Grenze zur Ukraine brachte.

Heilbronn

Europäische Rüstungspolitik: Der Kreisverband Heilbronn befasste sich in einer Abendveranstaltung mit dem Thema europäische Rüstungspolitik. Vorsitzender Heinrich Kümmerle legte in einem einführenden Vortrag die Notwendigkeit für eine europäische Rüstungspolitik dar und analysierte die derzeitige Situation der nationalen, europäischen und auch NATO-Rüstungspolitik. Im Anschluss diskutierten die Anwesenden unter anderem darüber,

ob und wie man Verteidigung und die dafür notwendige Rüstung auf europäischer Ebene organisieren könnte.

Weltraumpolitik: Im Rahmen einer Vortragsveranstaltung referierte das Kreisverbandsmitglied Oliver Durst, CFO des Heilbronner Start-up Black Engine Aerospace, über die Zukunft der europäischen Raumfahrt.

Calw

Neustart: Mit der Wahl eines neuen Kreisvorstand ist die Neuaufstellung des Kreisverbands in Calw geglückt. In einer Online-Mitgliederversammlung wurde der Bürgermeister von Bad Herrenalb, Klaus Hoffman, zum neuen Kreisvorsitzenden gewählt. Neue 2. Vorsitzende ist Janina Müsle. Neue Beisitzer sind Dr. Rudolf Rentschler, Carina Reck und Heiko Seeger; zum Schatzmeister wurde Tobias Haußmann gewählt. Der neue Kreisvorstand möchte der Europa-Arbeit im Landkreis Calw neue Impulse geben. Die bisherige Kreisvorsitzende Gertrud Gandenberger war beruflich bedingt nicht mehr zur Wahl angetreten und hatte sich zusammen mit dem Landesvorstand aktiv an der Neuaufstellung beteiligt.

Verantwortlich: Florian Ziegenbalg

Schleswig-Holstein

#StandWithUkraine

Russlands Machthaber Putin hat seine Kriegs-Rechnung ohne die demokratischen Kräfte Europas gemacht. Die EU-Mitgliedstaaten sind in diesen Tagen einig wie selten. Alle Demokratinnen und Demokraten in Europa zeigen ihre Solidarität mit den Menschen in der Ukraine und klare Kante gegen den Kreml-Chef – auch in Schleswig-Holstein.

Am 26. Februar rief ein breites Bündnis aus Parteien, Gewerkschaften und Verbänden zu einer Friedenskundgebung in der Kieler Innenstadt auf – darunter auch die Europa-Union und die Europäische Bewegung Schleswig-Holstein. Rund 5.000 Menschen folgten dem Aufruf und setzten damit ein deutliches Zeichen der Solidarität mit den Ukrainerinnen und Ukrainern.

Dass wir fest an ihrer Seite stehen, wurde in mehreren emotionalen Reden unterstrichen. „Einen sofortigen Stopp des Kriegs-Wahnsinns“ forderte etwa die Präsidentin der Europäischen Bewegung Schleswig-Holsteins, Martina Fey. Kiels Oberbürgermeister Ulf Kämpfer (SPD) war stolz auf die Kielerinnen und Kieler und ergänzte: Russland werde merken, dass man jetzt nicht mehr nur Regierungen zum Gegner hat. Auch in



Was bedeutet dir Europa? Beim Planspiel brachten Jugendliche ihre Ideen zu Papier.

anderen Städten in Schleswig-Holstein gab es Mahnwachen und Friedenskundgebungen – etwa in Flensburg, wo rund 2.500 Menschen einem Aufruf der Europa-Union folgten.

Inspiziert vom Landesverband Bayern hat der Landesverband außerdem die Aktion #CoolDownPutin ins Leben gerufen. Um weniger russisches Gas und Öl zu verbrauchen, wird dazu aufgerufen, die Heizung runterzudrehen und das Auto stehen zu lassen. Das so eingesparte Geld soll zugunsten der Ukraine gespendet werden. Die Aktion wurde begeistert aufgenommen und auch bei Radio Schleswig-Holstein (R.SH) beworben.

Europa und Du

Auftakt zur Planspiel-Saison: Frieden, Zusammenhalt und unser gemeinsames Zuhause – das verbinden viele Schülerinnen und Schüler in Schleswig-Holstein in diesen Tagen mit Europa. Das ist bei unserem Workshop „Europa und Du“ herausgekommen, den der Landesverband im Rahmen des Demokratietages der Heinrich-Böll-Stiftung am 4. März im Berufsbildungszentrum Norderstedt durchgeführt hat. Auf spielerische Weise wurden den teilnehmenden Zwölftklässlern zum einen die Grundlagen europäischer Politik vermittelt, zum anderen war ihre eigene Kreativität gefordert. Auf bemalten Plakaten brachten sie ihr ganz eigenes Bild Europas zu Papier. Dabei wurde unser geeintes Europa durchweg als etwas Positives dargestellt: Europa arbeitet zusammen, Europa ist demokratisch, Europa bietet Chancen für Ausbildung, Studium und Beruf. Angesichts des Russland-Ukraine-Krieges ist aber auch das Bedürfnis nach Sicherheit größer geworden.

Die Veranstaltung in Norderstedt markiert für die Europa-Union Schleswig-Holstein auch den Start in die Planspiel-Saison an den Schulen im Land, die im Mai und Juni ihren Höhepunkt erreichen wird.



Rund 5000 Menschen protestierten in Kiel gegen den russischen Angriffskrieg.

Fotos: EUD Schleswig-Holstein

Verantwortlich: Ralf Rose

Rheinland-Pfalz

Weißer Fleck ist weg

Nachdem die Europa-Union mehrere Jahre im Kreis Mainz-Bingen nicht vertreten war, konnte dieser „weiße Fleck“ endlich beseitigt werden. In einer gut besuchten Mitgliederversammlung in der Fridtjof-Nansen-Akademie in Ingelheim wurde die Wiederbelebung des Kreisverbandes mit neuem Elan in Angriff genommen. Gewählt wurden als Vorsitzender Dr. Otto Schmuck, als sein Stellvertreter Christof Kühn. Als Beisitzer fungieren Dr. Markus Vogel, Dr. Florian Pfeil und Arne Pettermann, das wichtige Amt der Schatzmeisterin übernahm Maren Weiß.

Ein Ansatzpunkt für die künftige Arbeit ist die seit 1962 bestehende enge Partnerschaft des Landes Rheinland-Pfalz mit Burgund/Franche-Comté. Nahezu jede Gemeinde in Rheinhessen hat eine kommunale Partnerschaft mit einem Pendant in Burgund und bietet gute Ansatzpunkte für weitergehende europäische Bezüge. In der Europawoche wird in diesem Kontext am 6. Mai in Bodenheim in Kooperation mit der Ortsgemeinde und dem Partnerschaftsausschuss Seurre-Bodenheim eine erste Veranstaltung zur Präsidentschaftswahl in Frankreich stattfinden, vergleichbare sollen folgen.

Weitere Arbeitsschwerpunkte des Kreisverbandes sind neben Informationsständen in der Europawoche die Zusammenarbeit mit den Schulen des Kreises, u. a. mit der Europaschule in Nieder-Olm, sowie niederschwellige Angebote zur Lebenssituation in verschiedenen EU-Staaten. Angestrebt wird die enge Zusammenarbeit mit der Fridtjof-Nansen-Akademie, dem neu eingerichteten Europe Direct Zentrum im Weiterbildungszentrum Ingelheim sowie mit dem Kreisverband Mainz der Europa-Union.

Mainz

Neuer Vorstand: In Mainz geht es mit voller Kraft voraus. Jünger und weiblicher – diesem Motto kann der neue Kreisvorstand gerecht werden. Nachdem pandemiebedingt die Neuwahlen zweimal verschoben werden mussten, konnte endlich eine Mitgliederversammlung einberufen werden. Der Landtagsabgeordnete Gerd Schreiner ist erstmalig zum



Der neu konstituierte Kreisverband Mainz-Bingen
Foto: Otto Schmuck

Vorsitzenden gewählt worden und wird durch ein dynamisches Team unterstützt. Das Amt der stellvertretenden Vorsitzenden bekleiden Esther Pasternak, Marc Riegel sowie Felix Wälder, dem bei dieser Gelegenheit für sein langjähriges Engagement als Vorsitzender des Kreisverbandes herzlich zu danken ist. Des verantwortungsvollen Amtes des Generalsekretärs hat sich Peter Albrecht angenommen. Er möchte einen Fokus auf eine reibungslose Kommunikation mit unseren Mitgliedern setzen. Glücklicherweise wurde Thomas Hollenbach für das Amt des Schatzmeisters bestätigt, welches er seit vielen Jahren sehr gewissenhaft und sorgfältig führt. Außerdem wurden als Beisitzer gewählt: der Landtagsabgeordnete Fabian Ehmann, Christina Diller, Annika Sinner, Marsela Dedndreaj, Ulf Schöner, Peter Wadle und Maike Malzahn. Pläne für die künftige Arbeit hat der neue Vorstand auch schon gemacht: Das Erfolgskonzept der Länderabende soll fortgeführt werden. Der Schwerpunkt liegt vor allem in der Kooperation mit den Mainzer Europa-Schulen.



Neu aufgestellt: Der Kreisvorstand Mainz freut sich auf die Zusammenarbeit.

Foto: Maike Malzahn

Rhein-Lahn

Großes Engagement für Europa: Die Realschule plus in Hahnstätten beteiligte sich in diesem Jahr zum ersten Mal am 69. Europäischen Wettbewerb mit dem Motto „Nächster Halt: Nachhaltigkeit“.

Bei einem Besuch des Kreisvorsitzenden Dr. Michael Monet und des Vorstandsmitglieds Mechthild Schmidt stellten Schulleiter Achim Lehnert, die Leiterin der am Wettbewerb teilnehmenden Klasse, Konrektorin Sandra Brendt, sowie die Schülerinnen und Schüler mit großer Begeisterung ihre Arbeiten vor.



Europabegeisterte Schülerinnen und Schüler in Hahnstätten
Foto: EUD Rhein-Lahn

Ein Thema des diesjährigen Wettbewerbs befasst sich mit „Urban Gardening“ und passt genau in die Planungen der Schule: Bei der Neugestaltung des Atriumdaches sollen Ideen der Schüler einbezogen werden. Außerdem knüpft die Lehrerin des Fachbereichs Französisch, die an einer Schule in der Bretagne unterrichtet hat, erste Kontakte zu dieser Schule im Rahmen des Erasmus-Programms der EU.



Im Foyer werden die Arbeiten der Schülerinnen und Schüler präsentiert.
Foto: EUD Rhein-Lahn

Zunächst ist an ein Treffen der Schülerinnen und Schüler beider Schulen in Paris gedacht. Auf jeden Fall soll ein regelmäßiger digitaler Austausch stattfinden. Schulleiter Lehnert möchte in Zukunft auch Kontakte zu anderen europäischen Schulen aufnehmen.

Verantwortlich: Esther Pasternak

Nordrhein-Westfalen

Auf nach Wien und Budapest

Vom 2. bis zum 8. April unternahm die JEF Nordrhein-Westfalen, eine 19-köpfige Gruppe, ihre internationale Fahrt nach Wien und Budapest. Es ging zunächst spät abends mit dem Nachtzug der Österreichischen Bundesbahn Richtung Wien. In der österreichischen Hauptstadt bekamen die Teilnehmenden von der lokalen JEF Wien und der Union Europäischer Föderalisten (UEF) Österreich eine ansprechende private Stadtführung geboten, inklusive der Sehenswürdigkeiten wie Stephansdom, Wiener Hofburg, Mozarthaus, aber auch einem Einkehren in traditionelle Wirtshäuser. Das Verkosten von Wiener Schnitzel, Kaiserschmarrn und Sachertorte war natürlich ein Muss bei diesem Besuch.



Erste Station Wien: Die Reisenden vor der Hofburg
Foto: Ole Krafft / JEF NRW

Am 4. April ging es abends bereits weiter nach Budapest. Nach dem Check-in im Hostel stand direkt ein Kneipenabend zum Kennenlernen mit der JEF Ungarn an, wo bereits viele Kontakte und auch Freund-

schaften geknüpft bzw. geschlossen werden konnten.

An den ersten zwei Tagen wurden hauptsächlich die Sehenswürdigkeiten von Budapest besucht. So wurden beispielsweise die Nationalgalerie und das Parlament besichtigt. Auch nachdenkliche Aspekte wie das „House of Terror“ standen auf der Agenda. Dieses war früher ein Foltergefängnis und gedenkt heute politisch Verfolgter sowohl unter der faschistischen Pfeilkreuzler-Bewegung (1944-1945) als auch unter der marxistisch-leninistischen Diktatur. Als Höhepunkt wurde unter allen Teilnehmenden die Bootstour auf der Donau am Vorabend der Abreise gesehen. Hier konnte man die volle Pracht des erleuchteten Budapest bestaunen. Am nächsten Tag ging es nachmittags auch schon wieder mit dem Zug zurück Richtung Wien und weiter nach Bonn. Eine unvergessliche und einprägsame Europareise!

Monheim

Irische Wochen: Monheimer Europawochen sind seit vielen Jahren fester Bestandteil des kulturellen Lebens unserer Stadt – sie sind Wahrzeichen der Monheimer Europa-Union, die, in Kooperation mit der Monheimer VHS, der Stadtverwaltung und örtlichen Vereinen das jeweilige Gastland mit seiner Geschichte, seiner kulturellen Vielfalt, seiner Wirtschaft und seiner Landschaft der Monheimer Bevölkerung vorstellt.

Bei strahlendem Wetter feierten die Monheimer – nach zweijähriger pandemiebedingter Pause – am 27. März das Frühlingsfest und gleichzeitig die Eröffnung der „Monheimer Europawochen – Irland“. Pünktlich zur Eröffnung der Irischen Wochen marschierte die Wupper-District-Pipe Band vor die Bühne am Monheimer Rathaus und begleitete die Grußworte des stellv. Bürgermeisters Lucas Risse, des irischen Botschafters Nicholas O'Brian und des Vorsitzenden der Monheimer Europa-Union Manfred Klein. Sogar ein Grußwort des irischen Staatspräsidenten Michael Higgins wurde in irischer und deutscher Sprache verlesen. Die Leverkusener Irlandfreunde brachten mit zahlreichen Verkaufständen irisches Flair nach Monheim.

Über die nächsten Tage folgten zahlreiche Veranstaltungen, wie ein geschichtli-

cher Vortrag, eine Ausstellung in der VHS sowie ein kultur-historischer Überblick. Doch auch der Genuss sollte nicht zu kurz kommen. So gab es Lesungen irischer Autoren, aber auch irisches Essen mit entsprechender musikalischer Begleitung und einem Quiz. Den Abschluss machte ein Whiskey-Tasting am 7. April. Vom 22. April bis zum 1. Mai ist eine thematisch verbundene Bildungsreise geplant.



Eröffnung der „Irischen Wochen“

Foto: EUD Monheim

Gelsenkirchen

Diskussion zur Friedenspolitik: Am 4. April fand auf Initiative der Europa-Union Gelsenkirchen unter dem Titel „Krieg in Europa – Wie weiter mit dem Frieden?“ eine Online-Diskussion zu der neuen Lage in Europa statt. Gäste waren Dr. Margot Käßmann, ehemalige Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, und Simon Vaut, Oberregierungsrat im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie. Unter den Teilnehmerinnen und Teilnehmern, welche sich in die Diskussion einbrachten, befanden sich unter anderem auch Markus Töns (MdB), Jürgen Klute (ehemals MdEP) und Joachim Poß (ehemals MdB).

In der Diskussion ging es natürlich in erster Linie um die Lage in der Ukraine, aber auch um die Frage, welche Methoden geeignet sind, eine dauerhafte Friedensordnung zu schaffen. Welche Widerstandsoptionen (zum Beispiel Sanktionen) gibt es jenseits des militärischen Eingriffs und welche Rolle spielen die Weltreligionen in dieser Frage? Der angeregte und stellenweise auch emotionale Austausch hatte 23 Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

Verantwortlich: Simon Gutleben

Brandenburg

Auf einen Espresso

Start für eine neue Fachgesprächsreihe für Europa-Multiplikator*innen in Brandenburg: Ein Gesprächsangebot im vertraulichen Kreis, um Brandenburger*innen, deren Arbeit europäisch geprägt ist, Zugang zu Informationen aus erster Hand über aktuelle Entwicklungen in der EU und Europa zu ermöglichen – das bietet die neue Reihe „Ein Espresso mit Europa“ des Landesverbands. Das Konzept ist einfach: Expert*innen berichten kurz, knapp und exklusiv von aktuellen Entwicklungen in Europa, die Brandenburg unmittelbar betreffen. Anschließend besteht die Möglichkeit, bei einem Kaffee und Croissant darüber ins Gespräch zu kommen, bevor für alle Beteiligten der Arbeitstag beginnt. Eine gute Gele-



Croissant und Kaffee begleiten das „Espresso“-Format.

genheit, an der in Brandenburg vorhandenen Europa-Expertise zu partizipieren und zudem eine Möglichkeit zu schaffen, sich mit anderen Europa-Expert*innen zu vernetzen.

In den bisherigen Fachgesprächen kamen die brandenburgischen Vertreter*innen des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas und des Ausschusses der Regionen zu Wort. Heiner Klemp MdL, Vertreter Bran-

denburgs im wenig bekannten KGRE, etwa berichtete Ende November über das Potenzial dieses Gremiums: Es kann auf diplomatische Weise verhärtete Fronten wie beispielsweise zu Polen oder der Türkei durchbrechen. Im Februar berichtete Barbara Richstein, Vizepräsidentin des Brandenburger Landtags und Mitglied in der Fachkommission Natürliche Ressourcen und Landwirtschaft des Europäischen Ausschusses der Regionen, über aktuelle Entwicklungen in der Land- und Forstwirtschaft auf europäischer Ebene. Es entspann sich ein interessanter Austausch zwischen Vertreter*innen von Naturschutzverbänden auf der einen und Bauernverbänden auf der anderen Seite.



Neulich beim „Espresso mit Europa“ (v. l.): Barbara Richstein, Vizepräsidentin des Brandenburger Landtags, Maja Wallstein MdB, Heiner Klemp MdL und die Landesvorsitzende Dr. Mechthild Baumann

Fotos: Ines Friedrich

Den nächsten Espresso gab es am 1. April in Potsdam. Helmut Scholz MdEP, Mitglied des Exekutivausschusses der Konferenz zur Zukunft Europas, berichtete ganz aktuell darüber, was in den letzten Wochen der Zukunftskonferenz mit den vielen Ideen und Vorschlägen der Bürger*innen geschehen wird. Hier gibt es sicher ebenso viel Bedarf an Diskussionen auf europäischer wie auch auf Brandenburger Ebene. Viel Stoff also für weitere „Espresso mit Europa“ in Brandenburg ...

Verantwortlich: Ines Friedrich



EuropaUnion
Deutschland

Impressum

2/2022

EUROPA AKTIV –

Aktuelles aus Politik und Verbandsleben

Herausgeber:

Europa-Union Deutschland e.V.
Sophienstraße 28/29, 10178 Berlin
Tel.: (030) 303 62 01 30, Fax: (030) 303 62 01 39
E-Mail: info@europa-union.de
Internet: www.europa-union.de

Redaktion:

Kathrin Finke (v.i. S.d.P.)
Birgit Kößling

Redaktionsanschrift:

Sophienstraße 28/29, 10178 Berlin
Tel.: (030) 303 62 01 30
E-Mail: redaktion@europa-aktiv.de

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 29.4.2022
Annahmetermin für Ausgabe 3/2022 3.6.2022
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Verbandes sowie seiner Untergliederungen wieder. Für die inhaltliche und sprachliche Gestaltung der Berichte der Landesverbände sind unmittelbar diese selbst verantwortlich. Alle abgedruckten Texte und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Bei Adressänderungen wenden Sie sich bitte an den für Sie zuständigen Landesverband oder direkt an das Generalsekretariat der Europa-Union!

Gesamtherstellung:

SEOTrade Andreas Schreiber
Auf der Ley 5, 53773 Hennef
Mobil: (0175) 5 28 93 77
E-Mail: info@seotrade.de
Internet: www.seotrade.de

Druck:

GÖRRES-DRUCKEREI UND VERLAG GMBH,
Koblenz/Neuwied
Internet: <http://www.goerres-druckerei.de>



Spannende Diskussionen erwarten wir anlässlich des 102. Katholikentages in Stuttgart. Vom 26. bis 28. Mai sind Europa-Union und JEF dort mit diversen Informations- und Aktionsangeboten präsent. Wie bereits beim Katholikentag 2018 und beim Evangelischen Kirchentag 2019 bietet uns die Großveranstaltung Gelegenheit, um mit vielen Menschen und einem aufgeschlossenen Publikum über unsere Themen ins Gespräch zu kommen. Höhepunkt ist die Europawerkstatt am 28. Mai: Gemeinsam mit dem Deutschen Katholikentag laden wir ein zum Dialog über aktuelle Fragen der EU. In neun Gesprächsrunden können Besucherinnen und Besucher über den ganzen Tag mit Fachleuten und Abgeordneten diskutieren. Sechs Themenkomplexe stehen zur Auswahl: Solidarität, Werte und Zusammenhalt, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der EU, Europas Rolle in der Welt, Klimawandel, Geschlechtergerechtigkeit in der EU.

Darüber hinaus kann Europa hautnah bei Mitmachaktionen und Europa-Spielen in der Liederhalle und auf der Königstraße erlebt werden. ■

Europawerkstatt: „Herausforderungen teilen in Europa!“

Europatag im Rahmen des
102. Katholikentages,
Liederhalle Konferenzräume 11-13

**Samstag, 28. Mai 2022,
11.00-12.30, 14.00-15.30 und
16.30-18.00 Uhr**



Terminvorschau

Russischer Angriffskrieg in der Ukraine, „Zeitenwende“ in Europa und der Welt: Wir müssen reden!
Dazu laden unsere kommenden Online-Bürgerdialoge ein!

12. Mai 2022, 18.00 – 19.30 Uhr

„Krieg in der Ukraine: Die Konsequenzen für Europas Regionen und Kommunen“

23. Mai 2022, 17.00 – 18.30 Uhr

„Wie geht's weiter in der Ukraine? Die deutsche G7-Präsidentschaft in Zeichen des Krieges“

30. Juni 2022, 18.00 – 19.30 Uhr

„How to deal with China? EU-China relations in the light of the war in Ukraine“

Detaillierte Informationen und Anmeldungshinweise sowie weitere Veranstaltungsankündigungen finden Sie in Kürze unter:
www.eud-buergerdialoge.de.

Mach's gut, Europa aktiv!

Nach fast fünf schönen Jahren als „Chefredakteurin“ von Europa aktiv ist dies leider meine letzte Ausgabe. Ich werde ab 1. Mai eine neue Aufgabe als Referentin im Deutschen Bundestag antreten, die mir vermutlich nicht genug Zeit lassen wird, um die Mitgliederzeitung der Europa-Union weiterhin intensiv genug zu betreuen. Also mache ich lieber (ungern!) jetzt schon Platz für eine engagierte Nachfolgerin oder einen beherzten Blattmacher. Ich danke allen Europa-Aktiven in Landes-, Kreis- und Auslandsverbänden, in Arbeitsgruppen, im EP und im Bundesverband für die wunderbare Zusammenarbeit – und vor allem dem Team der Bundesgeschäftsstelle und unserem großartigen Grafiker Tibor Sarusy für das Vertrauen und die gemeinsame kreative Arbeit! Als Herzenseuropäerin war es mir immer eine Freude mit Euch und Ihnen allen!



Foto: Kathrin Finke

Mit den allerbesten Wünschen für ein starkes Europa und eine friedliche Zukunft grüßt herzlich *Kathrin Finke*

P. S.: Man sieht sich bei Events in Berlin oder anderswo!